

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Roffahne Berlin. Berl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inzerat“, Allgemeine Inzeraten-Expeditio G. m. b. H., Berlin W 3, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurzfürh 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorwärtsabw. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M., einjährl. 27,00 M. in Berlin u. Orten m. d. Postbez. Postbezugsansicht. Bestellgeld 2,60 M.; Streifenband im Ausland 4,20 M.; u. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gep. Millimeterzeile 35 Pf.; die 8gep. Zeile 2,50 M. Arbeiterorgan. u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf. Kleinanz.: Zeilen 20 Pf., Ueberdruckz. 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Kommunistensieg bei den memelländischen Landtagswahlen / Reaktionärer Mordanschlag gegen Frankreichs Staatspräsidenten / Siehe im Blatt

Massenprotest gegen Verbotsdiktatur!

Fort mit dem Freidenker-Verbot! — Erhebt die Fahne der roten Einheitsfront gegen die Reaktion!

Arbeiter, Werktätige in Stadt und Land!

Durch Notverordnung wurden der Verband Proletarischer Freidenker, die Proletarische Freidenker-Jugend und die Proletarischen Freidenker-Pioniere von der Brüningregierung verboten.

Das Verbot der proletarischen Freidenkerbewegung ist ein **Marsignale** für alle proletarischen Organisationen zum gemeinsamen schärfsten Kampf gegen die herrschende Klasse, die mit faschistischen Methoden die revolutionäre Arbeiterbewegung knebeln und die Kampfkraft des Proletariats brechen will.

Wenige Wochen, nachdem die sozialdemokratischen Führer Hindenburg als „Retter der Demokratie“ priesen, schreit die Hindenburg-Presse — nicht zufrieden mit den bisherigen Verböten — schon nach dem Verbot des „Deutschen Freidenker-Verbandes“, dessen Leiter auf den Machspruch des Zentrums hin von der sozialdemokratischen Landtagsliste zurücktreten mußte. Hindenburg, Brüning und Groener haben durch weitere Notverordnungen die proletarischen Wehrorganisationen, soweit sie nicht schon verboten sind, unter Staatsaufsicht gestellt.

Die Herkule Kulturreaktion löst immer frecher vor. Die Arbeitertheaterbewegung wird unterdrückt. Die proletarische Literatur wird beschlagnahmt. Die proletarischen Filme werden von der Zensur verboten. Im Radio wächst die unverhüllte Kriegsbege gegen die Sowjetunion.

Die Arbeiterklasse muß in geschlossener roter Einheitsfront dieser Reaktion, die sich mit Notverordnungsdiktatur behauptet, einen Damm entgegensetzen und zum Gegenangriff übergehen.

Wir wenden uns an alle Mitglieder der proletarischen Kulturorganisationen. Wir wenden uns besonders an die Mitglieder des Deutschen Freidenkerverbandes, an die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Wir rufen der ganzen Arbeiterklasse und allen Werktätigen zu:

Entfaltet eine mächtige Protestaktion in allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung!

Organisiert den Massenkampf gegen die Verbotsmaßnahmen, gegen die Kulturreaktion!

Greift die Reaktion an ihrer verwundbarsten Stelle an! Eure Antwort auf das Verbot der proletarischen Freidenker kann nur sein und muß heißen:

Heraus aus der Kirche!

Marschiert auf zu Massenausritten aus der Kirche, ihr darbenden Erwerbslosen, ihr Kurzarbeiter, ihr Arbeiter und Angestellten mit Hungerlöhnen und Notverordnungsgehältern.

In Stadt und Land Hunderttausende von Kirchenaustritten — das ist die richtige Antwort auf den Versuch, mit faschistischen Terrormethoden die Herkule und die kirchlichen Machtpositionen zu sichern.

Notverordnungen, die den Arbeitslohn und die Erwerbslosenunterstützung abbauen. Notverordnungen, die der Arbeiterklasse die politischen Rechte nehmen. Notverordnungen, die das proletarische Kulturleben, den kulturellen Klassenkampf unterdrücken: das ist das Bild der kapitalistischen Gesellschaft, deren letzter Ausweg Krieg gegen die Sowjetunion heißt.

Wir fordern die Arbeiter in Betrieben und Stempelstellen und allen proletarischen Massenorganisationen auf:

Schließt euch zusammen und verteidigt eure Klassenkampforganisationen! Stürmt mit vereinter Kraft gegen die Diktatur des Kapitals!

Nur die Kraft der Arbeiterklasse, die rote Einheitsfront unter revolutionärer Führung kann den reaktionären Ansturm abwehren und den Faschismus siegreich schlagen.

Kämpft mit uns gegen Hunger, Faschismus und Krieg!

Kämpft gegen neue Unternehmerangriffe und Notverordnungspläne, für höheren Lohn! Kämpft gegen die imperialistische Kriegsbege, gegen die politische Knebelung der Arbeiterklasse, für eure politischen Rechte, für die Aufhebung des KZB-Verbotes. Kämpft gegen die schwarze Kulturreaktion, für die Aufhebung des Verbotes der proletarischen Freidenker.

Sozialdemokratische Arbeiter! Heraus aus der Hindenburgfront, hinein in unsere rote Einheitsfront! Christliche Arbeiter! Her zu uns! Freidenker-verbote machen eure Kinder nicht fett, geben euren Frauen kein Brot und euch keine Arbeit!

Arbeiter im Deutschen Freidenkerverband! Ihr werdet von der Kulturreaktion genau so unterdrückt, wie eure Klassenbrüder im revolutionären Lager.

Erhebt die Fahne des Kampfes gegen Hunger und Knechtschaft, schließt euch zusammen in der roten Einheitsfront, dann seid ihr stark.

Kämpft mit der roten Einheitsfront gegen die Kulturreaktion! Es lebe der sozialistische Freiheitskampf!

Zentralkomitee der KPD.

Weißgardistischer Mordanschlag auf Doumer

Der französische Staatspräsident lebensgefährlich verletzt

Paris, 6. Mai. (Eigener Bericht.) Heute nachmittag wurde auf dem politisch rechts stehenden französischen Staatspräsidenten Doumer ein Revolverattentat verübt. Während Doumer einer öffentlichen Besprechung beiwohnte, wurden aus der Menge plötzlich fünf Revolvergeschosse gegen ihn abgefeuert. Von mehreren Kugeln in Kopf und Achselhöhle schwer getroffen, brach Doumer zusammen. Die Ärzte im Krankenhaus, wo er bereits operiert wurde, erklären die Verletzungen als lebensgefährlich.

Die Lardieu Regierung benutzt das Mordattentat zu einer infamen Verleumdung der Kommunisten. Überall wird die verlogene Mitteilung ausgestreut, daß es sich um einen „kommunistischen Anschlag von Ruffen“ handle. Mit dieser erbärmlichen Erfindung sollen die morgigen Stichwahlen der französischen Kammer zu ungunsten der Kommunisten beeinflusst und eine neue Welle der Reaktionsbege gegen die Sowjetunion eingeleitet werden.

Paris, 6. Mai. (Eigener Bericht.) Die Meldungen über ein kommunistisches Attentat sind schon nach einer Stunde zusammengebrochen. Es stellt sich heraus, daß der Attentäter ein russischer Weißgardistischer Kuban-Rosake namens Gorguloff ist. Er gab vor den Journalisten an, daß er Vorsitzender einer nationalistischen russischen Vereinigung sei, die er in Monaco gegründet habe. Er habe den Präsidenten töten wollen, um gegen Frankreich zu protestieren, das den Bolschewiki Geld gebe und den Krieg gegen die Sowjetunion noch immer nicht eingestellt habe.

(Siehe auch im Innern des Blattes)

Nazis verbrüdern sich mit Weimarer „System“

Die Bundesbrüder der SPD-Führer, die Reichsbannerpartei, als Regierungsfreund Hitlers

Aus Würtemberg wird gemeldet, daß sich dort eine neue Regierungskoalition von den Nationalsozialisten bis zur Staatspartei gebildet hat. Nach den letzten Landtagswahlen gibt es 23 Abgeordnete der Nazis, 9 Bauernbündler, 3 Deutschnationale, 3 Abgeordnete des christlichen Volksdienstes, die zusammen 38 von 80 Landtagsmandaten besitzen. Die 4 Staatsparteilisten (Demokraten) haben sich mit diesen Parteien zur Neubildung der württembergischen Regierung zusammengeschlossen.

Von der Hitlerpartei bis zur Staatspartei des Weimarer „Systems“ hat sich also eine einheitliche kapitalistisch-reaktionäre Regierungskoalition gebildet! Die „demokratische“ Staatspartei, der engste Bundesbrüder der SPD, die Partei des Reichsbanners der Weimarer Verfassung, hat ihre offizielle Brüderlichkeit mit den Nazis erklärt. Die Reichsbannerpartei tritt Arm in Arm in Arm mit den Oberkommandeuren der nationalsozialistischen Mordgarden auf!

Dieser politische Vorgang in Würtemberg ist von größter politischer Bedeutung für die ganze Entwicklung in Deutschland. Er muß jedem sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter in anschaulichster Weise bekannt werden.

Im drittgrößten Lande der deutschen Weimarer Republik werden die Nazis mit Hilfe der Staatspartei, die sich dort noch „Demokratische Partei“ nennt, in die Regierung aufgenommen. Die Demokratische Partei ist gemeinam mit der Sozialdemokratie im stärksten Sinne die Partei des „Systems“. Sie ist die Partei der Weimarer Verfassung. Ihr Mitglied, Hugo Preuß, ist der Verfasser der Weimarer Verfassung.

In der Entwicklung der Demokratischen Partei spiegelt sich die Entwicklung der ganzen Weimarer „Demokratie“. Jede Tat dieser demokratischen Partei vom November 1918 bis heute war, Schritt für Schritt der äußersten Reaktion den Weg zu bereiten. Die Demokratische Partei beteiligte sich an der Beilegung jedes sogenannten demokratischen Rechtes der Weimarer Verfassung. Sie unterließ gemeinsam mit der SPD und dem Zentrum die Notverordnungsdiktatur des Artikel 48. Ihr Reichsinnenminister Kitz wurde im Jahre 1926 durch sein berüchtigtes Schund- und Schmutzgesch zum Einseitigen Verbot der Kulturreaktion und zum Vorläufer des gegenwärtigen Verbotes des Proletarischen Freidenkerverbandes. Unfähig und nicht willens, die einfachsten bürgerlich-demokratischen Freiheiten zu verteidigen, half die Demokratische Partei mit, der faschistischen Reaktion den Boden zu bereiten.

Je reaktionärer die Politik der Demokratischen Reichsbannerpartei wurde, um so mehr „demokratische“ Führer liefen offen ins Lager der rechten Reaktion über. Der Abgott der Nazis, der Propagandist der neuen Inflation, Dr. Hjalmar Schacht, war als Mitglied der Demokratischen Partei zum Reichsbannerpräsidenten berufen worden. Der ehemalige Reichswehraminister Geßler, der bei allen Plänen der weiteren Rechtsentwicklung der Regierung Brüning gegenwärtig eine Rolle spielt, war ehemals Demokrat. Die Demokratische Partei verlor von Wahl zu Wahl an Stimmen. Auch ihre Umbenennung und vorübergehende Verschmelzung mit dem Jungdeutschen Orden, die vor den Reichstagswahlen 1930 unter dem Protektorat des deutschen Chemie- und Großkapitals erfolgte, rettete sie nicht vor ihrem ferneren hoffnungslosen Niedergang.

In der Gestalt der württembergischen Staatspartei reichen die Weimarer „Systemparteien“ (um im Stile der Nazis